

Interfraktioneller Antrag

**Betreff: Datenübermittlung an die Bundeswehr aller volljährig werdenden Tübinger
Bürgerinnen und Bürger.**

**"Die Stadtverwaltung informiert jeden der betroffenen Jugendlichen rechtzeitig vor der
geplanten Datenweitergabe brieflich über sein Widerspruchsrecht und die Möglichkeit des
Freiwilligendienstes."**

Begründung:

Jeder Jugendliche muss klar und deutlich auf sein persönliches Widerspruchsrecht gemäß § 18/Absatz 7
Melderechtsrahmengesetz hingewiesen werden. Hinweise versteckt in einer Anzeige oder auf der
städtischen Homepage sind unzureichend. Jeder Betroffene muss über seine Rechte informiert sein!

Außerdem sind zusätzlich Informationen zu den Freiwilligendiensten sinnvoll, da sie ja ein gutes Lern- und
Orientierungsangebot für junge Menschen sind.

AL/Grüne-Fraktion

Evelyn Ellwart-Mitsanas, Bruno Gebhart-Pietzsch

LINKE-Fraktion: Gerlinde Strasdeit